

Motion

zur Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle

Seit meinem Vorstoss zur IV-Stelle Uri werde ich mit Anfragen und Dossiers zu nicht erledigten oder nicht zufrieden stellend erledigten IV-Gesuchen oder mit Rückmeldungen „wie mit einem beim Kanton umgegangen werde“ eingedeckt. Ich musste feststellen, dass hier ein riesiges Frustpotenzial, eine grosse Unzufriedenheit und eine gewisse Hilflosigkeit vorhanden sind. Menschen fühlen sich vom Staat im Stich gelassen und können, wenn sie sich das leisten können, Hilfe einzig mit einem Rechtsbeistand holen. Ebenfalls melden sich Personen, die mit der Arbeit des Amts für Steuern oder des Amts für Arbeit und Migration nicht zufrieden sind.

Die kantonale Verwaltung kennt keine Anlaufstelle für Menschen, die mit Entscheidungen oder dem Vorgehen der kantonalen Instanzen nicht einverstanden sind. Damit stauen sich Aggressionen auf, die vielfach mit der richtigen Auskunft oder in einem Gespräch abgebaut werden könnten.

Gestützt auf **Artikel 82 der Geschäftsordnung** für den Landrat ersuche ich deshalb den Regierungsrat, die Schaffung einer von der Verwaltung unabhängigen und vom Landrat gewählten Ombudsstelle für Personen in Konfliktsituationen zu prüfen.

Mit der Ombudsstelle sollen folgende Ziele verfolgt werden:

1. Beratung der Bürgerinnen und Bürger beim Kontakt mit kantonalen oder kommunalen Amtstellen
2. Prüfung von Beanstandungen und Beschwerden
3. Vermittlung bei allfälligen Konflikten
4. Verhinderung von aggressiven Handlungen gegenüber kantonalen Angestellten
5. Reduktion von Rekursen gegen Entscheide von kantonalen Amtsstellen

Die Erstunterzeichnerin:

Pia Tresch-Walker
Landrätin, Erstfeld

Die Zweitunterzeichnerin:

Christine Rufener Santschi
Landrätin, Erstfeld

Erstfeld, 14. Juni 2006

Begründung:

Trotz unbeschränkter Kommunikationsmittel ist es in den letzten Jahren immer wieder zu Eskalationen zwischen Bürgerinnen und Bürgern und behördlichen Instanzen gekommen. Auch im Kanton Uri müssen Polizeiorgane wegen Drohungen gegen Behörden tätig werden. Es mussten in diesem Zusammenhang gar schon Waffen konfisziert werden. Zum Glück ist es bis heute nicht zu gravierenden Übergriffen gegen Behörden- oder Verwaltungsmitglieder gekommen.

Bei den Rückmeldungen zu verschiedenen Problemen mit Behörden und Verwaltungsangestellten, konnte ich feststellen, dass es da und dort gewaltig brodeln und oft musste ich auch als „Klagemauer“ herhalten. Ich bin der Meinung, dass dies nicht die Aufgabe einer Landrätin sein kann. Ich kann zwar gut zuhören, aber für diese Leute etwas in ihrem konkreten Anliegen bewirken, kann ich kaum. Ich und meine Zweitunterzeichnerin, Landrätin Christine Rufener, glauben deshalb, dass es nötig ist, dass auch der Kanton Uri eine Anlaufstelle für diese Art von Problemen prüft.

Vielerorts müssen die Sozialämter der Gemeinden diese Anliegen bearbeiten. Doch dies funktioniert nur in den wenigsten Fällen, denn nicht überall sind professionelle Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter angestellt. In den meisten Gemeinden sind die Sozialräte mit Milizionärinnen und Milizionären besetzt. Wenn man glaubt, dass man ihnen diese Aufgabe, welche zunehmend als grosses Problem auftritt, einfach so abschieben kann, verkennt man die Situation gewaltig.

Als Vermittler zwischen Behörden und Privaten gelingt es den bereits in verschiedenen Kantonen oder Städten (Winterthur, Bern, Kt. BL, St. Gallen, Zug etc.) existierenden Ombudsstellen, in vielen Fällen Konflikte in einem frühen Stadium zu entschärfen.

Die Ombudsstelle soll als Vermittlerin in Konfliktsituationen die Suche nach Lösungen bei Schwierigkeiten zwischen der Bevölkerung und der kantonalen Verwaltung Uri unterstützen. Die Bevölkerung hat die Möglichkeit, sich mit einem Anliegen direkt an die Ombudsstelle zu wenden. Verwaltungsstellen können bei Konflikten die Bürgerinnen und Bürger auf die Dienste der Ombudsstelle aufmerksam machen. Die Ombudsstelle versucht, als neutraler und unabhängiger Dritter eine für alle möglichst befriedigende Einigung zu erreichen.

Das Angebot der Ombudsstelle müsste für die Bürgerinnen und Bürger gratis sein, damit alle die Möglichkeit haben, diese zu nutzen. Wir sind uns bewusst, dass mit der

Schaffung einer Ombudsstelle Kosten verbunden sind. Wir sind aber überzeugt, dass es uns dieses Geld wert sein muss, wenn man damit viel menschliches Leid, Isolation, Frust und vielleicht sogar Gewalttaten verhindern kann. Im Übrigen könnte der Kanton Uri das Angebot aber auch für die Gemeindeverwaltungen öffnen.

Wir gehen aber davon aus, dass es beim Kanton auch zu Einsparungen kommen kann, da weniger Rekurse, z. B. bei der IV-Stelle, anfallen dürften. Diese sind für den Kanton personal- und kostenaufwändig.

Liebe Landrätinnen und Landräte, wollen wir wirklich erst reagieren, wenn es zu spät ist? Oder wollen wir die Möglichkeit beim Schopf packen und die Abklärungen, die eine solche Ombudsstelle in Anspruch nimmt, mit unserem Vorstoss beim RR zur Prüfung eingeben? Wir bitten Sie deshalb das Anliegen unserer Motion zu unterstützen.

Erstfeld, 14. Juni 2006

Landrätin Christine Rufener Santschi, Erstfeld

Landrätin Pia Tresch-Walker, Erstfeld